

# Fraktion **direkt**

64 | 28. September 2012

Zur Lage

## Bewegende Stunden mit Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble

### Würdigungen für Wegbereiter der deutschen Einheit

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion blickt auf bewegende Stunden zurück. Der Besuch von Helmut Kohl in der Fraktion und die Matinee für Wolfgang Schäuble waren Höhepunkte, an die sich viele auch in den nächsten Jahren gerne erinnern werden.

So unterschiedlich die Ereignisse auch waren: Beide Würdigungen – die eine aus Anlass des 30. Jahrestags der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler, die andere aus Anlass des 70. Geburtstags von Wolfgang Schäuble – haben uns eines wieder einmal vor Augen geführt: In den für unser Land entscheidenden Stunden waren es die Union und ihre Politiker, die die richtigen Entscheidungen trafen.

#### Unserem Land zur Einheit verholfen

Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble haben unserem Land zur Einheit verholfen. Beide haben die Weichen für ein geeintes Europa gestellt. Als Lehre aus der Krise sind wir aufgerufen, dieses Europa stärker zu machen. Dazu hat uns Helmut Kohl erneut ermahnt. Mit Wolfgang Schäuble können wir in den nächsten Jahren weiter aktiv an diesem Ziel arbeiten. Helmut Kohls Rat wird für uns weiter wichtig sein.

Ich bin dankbar, dass Helmut Kohl die Kraft gefunden hat, sich auf den Weg zu diesem Besuch zu machen. Selten hat ein Politiker so einfühlsam beschrieben, was die Fraktion für ihn bedeutet: „Hier ist meine Heimat: in der CDU/CSU, im Parlament. Hier bin ich zu Hause – und das bleibe ich!“ Der Applaus hat dem Kanzler der Einheit signalisiert, dass die Fraktion ihn immer in ihrer Mitte sieht. Wir sind glücklich, dass wir Helmut Kohl eine Freude machen konnten, wie er uns selbst bekundet hat.



Foto: Martin Lengemann

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

#### Ein Glücksfall für Europa in schwierigen Zeiten

Die Dankbarkeit für die Geburtstags-Matinee war aber auch Wolfgang Schäuble einen Tag später im Deutschen Theater anzusehen – einem Ort, den er so gern als Zuschauer aufsucht, was aber nicht viele zuvor wussten. Er ist mit seinen überragenden Fähigkeiten und seiner Lebenserfahrung einfach ein Mann, der für die Union und die Fraktion gerade in diesen für Europa schwierigen Zeiten ein Glücksfall ist.

Aus beiden Ereignissen kann die Fraktion Kraft für die kommenden Monate schöpfen. Sie haben uns ein Gemeinschaftserlebnis vermittelt, von dem wir zehren können.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Bewegende Stunden mit Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble	1
Gemeinsame Regeln – gemeinsame Aufsicht	2
Ein Leben für die Politik	3
„Für Europa kämpfen“	4
Mehr Rechte für Patienten	5
Mietrechtsänderungen für die Energiewende	6
ESM ist in Kraft getreten	7
Demografiepolitik als Querschnittsaufgabe	7
Untersuchungsausschuss Gorleben – überflüssig und teuer	8
Keine schärferen Kapitalvorschriften für Betriebsrenten	8
Plädoyer für eine starke Selbstverwaltung	9
Letzte Seite	10

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Gemeinsame Regeln – gemeinsame Aufsicht

## Die geplante Bankenaufsicht muss vor allem eins: funktionieren

Wir brauchen eine europäische Bankenaufsicht. Das ist eine Lehre aus der Verschuldungskrise in der Euro-Zone. Wir müssen verhindern, dass Banken durch Exzesse und höchstspekulative Geschäfte das Vertrauen der Märkte in ganze Mitgliedstaaten zerstören und damit unsere gemeinsame Währung – den Euro – gefährden. Alle Geldinstitute in unserem gemeinsamen Währungsraum müssen nach den gleichen Regeln arbeiten. Weitreichende gemeinsame Regeln haben wir in Deutschland und Europa bereits auf den Weg gebracht. Ihre Einhaltung muss kontrolliert werden von einer schlagkräftigen und effizienten Behörde.

Wir wollen, dass diese Behörde funktioniert. Die Reformen hin zu einer europäischen Bankenaufsicht müssen daher mit der notwendigen Gründlichkeit erfolgen. Es sind wichtige Entscheidungen zu treffen. Sollte die Wahl auf die EZB als Aufsichtsbehörde fallen, muss garantiert sein, dass in ihrem Haus Geldpolitik und Aufsicht voneinander getrennt sind.

### Rote Linie für unsere Einlagensicherung

Auch muss die neue Behörde – anders als eine Notenbank – einer vollumfänglichen demokratischen und gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Und wir dürfen eine neue Aufsichtsbehörde nicht überfordern. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz muss sie dort tätig werden, wo es einer gemeinsamen Aufsicht bedarf: bei den Banken, die so groß sind, dass ihr Handeln für uns alle in der Euro-Zone Bedeutung hat – den sogenannten systemrelevanten Banken. Die kleineren Institute bleiben ihren nationalen Aufsehern unterstellt, die wiederum eng mit der europäischen Ebene zusammenarbeiten müssen und andersherum.

Erst wenn die neuen Aufsichtsstrukturen wirklich funktionieren, ist eine Bankenunion – beispielsweise die



Foto: Jördis Zähning

**Michael Grosse-Brömer**

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einführung eines gemeinsamen Einlagensicherungssystems oder eines europäischen Bankenrisikomanagements – denkbar. Und auch hier ist für uns ganz klar: Für ein europäisches Einlagensicherungssystem brauchen wir europäische Töpfe. Die bestehenden deutschen Einlagensicherungen bleiben unangetastet und stehen nicht als Grundstock zur Verfügung.

Und so gilt: Wir müssen die Lehren aus der Krise konsequent, aber besonnen, Schritt für Schritt und in der richtigen Reihenfolge umsetzen. Beispielsweise haben wir bei der Bankenregulierung auf deutscher und europäischer Ebene schon viel erreicht: strengere Eigenkapitalvorschriften, Restrukturierungsregeln für Banken, das Verbot ungedeckter Leerverkäufe sowie neue Regeln für Termingeschäfte. Gerade in dieser Woche hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Regelung des Hochgeschwindigkeitshandels beschlossen. Ähnlich lautende Reformvorschläge von Oppositionspolitikern erscheinen angesichts dieser Bilanz wie bloße Bewerbungsschreiben an die eigene Partei: mit der Bitte um Ernennung zum Kanzlerkandidaten.

# Ein Leben für die Politik

## CDU/CSU-Fraktion würdigt Wolfgang Schäuble zum 70. Geburtstag mit einer Matinee – Seit 40 Jahren Mitglied des Bundestages



Foto: Axel Schmidt/dapd

Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und Christine Lagarde im Deutschen Theater

Er ist der Architekt der deutschen Einheit und ein Vordenker der europäischen Integration. Mit einer Matinee im Deutschen Theater in Berlin ehrte die CDU/CSU-Fraktion Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu seinem 70. Geburtstag. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete Schäuble, der auch bereits 40 Jahre als Abgeordneter im Deutschen Bundestag sitzt, als Diener der deutschen Politik und des deutschen Volkes. „Ohne Sie sähe unser Land anders aus“, sagte Merkel. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, würdigte den Jubilar mit den Worten: „Europa hat eine Seele, aber Europa hat auch ein Herz – und das schlägt in Wolfgang Schäuble.“

### „Die Bürgschaft“ als Geschenk

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nannte Schäuble eine außergewöhnliche Persönlichkeit mit einem immensen Erfahrungsschatz. Gleichzeitig sei der Finanzminister ein ausgesprochen Liebhaber von Kunst, Theater und Musik. Damit begründete Kauder auch die Wahl des Ortes und das kunstvolle Rahmenprogramm der

Matinee. Der Theaterschauspieler Ulrich Matthes las für Schäuble „Die Bürgschaft“ von Friedrich von Schiller und den Essay „Berlin! Berlin!“ von Kurt Tucholsky, der schon 1919 wusste, dass „der Berliner ein Sklave seines Apparats ist“, an dem das Leben vorbeigehe. Das Hornquartett der Berliner Philharmoniker brachte dem Finanzminister ein Geburtstagsständchen. Schäuble zeigte sich gerührt. Im politischen Leben helfe die Kunst, Maßstäbe zu gewinnen, sagte er.

Zur Matinee kamen mit Merkel fast alle Kabinettsmitglieder, Spitzenpolitiker von Koalition und Opposition sowie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Schäubles Familie, politische Wegbegleiter und Freunde nahmen ebenfalls an der Festveranstaltung mit anschließendem Empfang teil. Aus Washington reiste eigens Christine Lagarde an, die vor ihrer Ernennung zur IWF-Direktorin französische Finanzministerin war und zu dieser Zeit mit Schäuble das ein oder andere gemeinsam ausgefochten hat.

Lagarde, die Schäuble einen Freund nennt, hatte bereits die Dinner-Rede gehalten, als der Bundesfinanzminis-

ter im Mai in Aachen den internationalen Karlspreis für seine Verdienste um die Überwindung der Teilung und die Stärkung Europas erhalten hatte. Schäuble habe einen großen Teil seines Lebens dem öffentlichen Wohl gewidmet, sagte sie. Er sei oft die richtige Person zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen, fügte sie mit Verweis auf seine Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bewältigung der europäischen Krise hinzu.

### „Langzeitgedächtnis der Republik“

Auch Merkel sagte, Schäuble habe deutsche und europäische Politik an maßgeblicher Stelle gestaltet. Er sei ein Mensch, der seine Überzeugung lebe, der sich Unabhängigkeit und innere Freiheit bewahrt habe. Da er schon seine elfte Legislaturperiode im Bundestag verbringe, verkörpere er inzwischen das „Langzeitgedächtnis der Republik“.

Schäuble hatte im Laufe seiner politischen Karriere nicht nur Regierungsämter inne, sondern prägte auch Partei und Fraktion, zunächst als Parlamentarischer Geschäftsführer, dann als Fraktionsvorsitzender und als Parteivorsitzender. 2013 will er erneut für den Bundestag kandidieren. Schon als Jugendlicher habe er sich für Politik interessiert und sich für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens eingesetzt, sagte Schäuble in seiner Dankesrede. Auch mit 70 könne er noch sagen, dass ihm die Politik „Freude macht“. Dass er ein glücklicher Mensch geblieben sei, habe er aber vor allem seiner Frau und seinen Töchtern zu verdanken, fügte er hinzu.

# „Für Europa kämpfen“

## Zum 30. Jubiläum seiner Kanzlerwahl besucht Helmut Kohl die CDU/CSU-Fraktion – Plädoyer für die europäische Integration



Foto: Christian Zentner

Minutenlanger Beifall für Kohl in der Fraktion

Mit minutenlangem stehenden Applaus hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den „Kanzler der Einheit“ bei sich empfangen. Zum 30. Jubiläum seiner Wahl zum Kanzler, die derzeit mit einer Reihe von Veranstaltungen gewürdigt wird, folgte Helmut Kohl der Einladung der Fraktion, die er als seine „Heimat“ bezeichnete. In seiner Ansprache würdigte Kohl die Leistungen seiner Fraktion seit Gründung der Bundesrepublik als beispielhaft. Im Angesicht der Schuldenkrise, unter der einige Mitglieder der europäischen Währungsunion zu leiden haben, fordert Kohl die Abgeordneten auf, für Europa zu kämpfen und die Gemeinschaft weiter auszubauen.

### Besuch von „historischer Dimension“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bescheinigte dem Besuch Kohls eine „historische Dimension“. Zehn Jahre ist es her, dass der ehemalige Kanzler und Parteivorsitzende zuletzt im Fraktionssaal des Berliner Reichstags gesessen hat. Als ihn der Bundestag in Bonn am 1. Oktober 1982 zum Kanzler wählte, da

war das laut Kauder ein „Start in eine besonders erfolgreiche Zeit für unser Land“. 16 Jahre führte Helmut Kohl die Geschicke des Landes und leistete dabei Weltbewegendes: Auf sein Konto gehen die deutsche Wiedervereinigung und die Einführung des Euro.

### „In der Fraktion zu Hause“

Die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas seien zwei Seiten ein und derselben Medaille, sagte Kauder in seiner Begrüßungsrede. „Sie haben mit Ihrer ganzen Kraft und Ihrem ganzen Geschick dafür gekämpft“, fügte er an Kohl gewandt hinzu. Nun verwende Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre ganze Kraft darauf, Europa aus der Krise heraus und wieder auf die richtige Bahn zu bringen.

„Europa ist unsere Zukunft“, betonte Kohl unter dem Beifall der Abgeordneten. Nur mit Europa könne man den Frieden bewahren. Der Fraktion riet er, mit Mut und ohne Pessimismus in die Zukunft zu gehen. Für den

herzlichen Applaus bedankte er sich bei den Abgeordneten, bei Volker Kauder für die „erwiesene Freundschaft“. „Ich bin zu Hause, wenn ich hierher komme“, sagte der Altkanzler. Kauder erwiderte: „Der Beifall zeigt, Sie gehören ganz fest in unsere Mitte.“ Im Anschluss an die Sitzung lud die Fraktion zu einem Empfang zu Ehren Helmut Kohls. Er hatte ein besonderes Interesse daran gezeigt, vor allem jüngeren Abgeordneten die Gelegenheit zum Gespräch zu geben.

Helmut Kohl hat die Geschichte der Bundesrepublik geprägt wie vor ihm nur Konrad Adenauer. Als er die Kanzlerschaft von der sozial-liberalen Koalition übernahm, litt das Land unter hoher Arbeitslosigkeit, einer enormen Staatsquote und schwachem Wirtschaftswachstum. Die Menschen begrüßten den Neuanfang und bestätigten dies ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 eindrucksvoll.

Unter Helmut Kohl kehrte das Land zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurück. Er stabilisierte die Sozialbeiträge und sanierte den Haushalt. Soziale Gerechtigkeit wurde wieder mit wirtschaftlicher Vernunft in Einklang gebracht. Außenpolitisch verankerte Kohl die Bundesrepublik wieder fest in der westlichen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft. Frieden und Freiheit gehörten für ihn immer untrennbar zusammen.



Foto: Daniel Biskup

Kauder und Kohl beim Gespräch

# Mehr Rechte für Patienten

## Versicherte künftig auf Augenhöhe mit Ärzten und Krankenhäusern – Jens Spahn erläutert die Einzelheiten in „Fraktion direkt“



Foto: Stephan Baumann

### Jens Spahn

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die christlich-liberale Koalition sorgt dafür, dass Patienten künftig ihrem Arzt, ihrem Physiotherapeuten oder dem Krankenhaus auf Augenhöhe gegenüber treten können. Der Bundestag debattierte am Freitag in erster Lesung ein entsprechendes Gesetz, das die Rechte der Patienten stärkt. „Fraktion direkt“ sprach mit dem gesundheitspolitischen Sprecher, Jens Spahn, über die Einzelheiten des Gesetzes.

*Herr Spahn, Patienten sind schon heute nicht rechtlos gegenüber Ärzten und Kassen. Welche Verbesserungen bringt das neue Gesetz?*

Spahn: Es ist für Patienten, die Behandlungsfehler vermuten und deshalb klagen wollen, oft schwierig zu erfahren, welche Rechte sie haben. Das liegt daran, dass unterschiedlichste Gesetze greifen und dass das Recht durch zahlreiche einzelne Gerichtsurteile immer unübersichtlicher wurde. Deshalb bündeln wir die

Rechte und schaffen einen einheitlichen gesetzlichen Rahmen. Darin schreiben wir auch fest, dass Patienten künftig umfassend vom Behandelnden – also ihrem Arzt, Heilpraktiker oder Physiotherapeuten – über alles aufgeklärt werden müssen, was für die Behandlung von Relevanz ist.

*In welchen Fällen wird der Patient künftig über die Kosten seiner Behandlung unterrichtet?*

Spahn: Bereits heute haben gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch auf Informationen über die Kosten der Behandlung. Die geplanten Neuregelungen sehen nun zudem eine schriftliche Information über absehbare Kosten vor, wenn erkennbar ist, dass die Bezahlungen nicht durch Dritte, sondern vom Patienten selbst zu tragen sind. Hierzu gehören beispielsweise homöopathische Behandlungen oder die viel diskutierten „individuellen Gesundheitsleistungen“ (IGeL), die Ärzte den gesetzlich Versicherten gegen Selbstzahlung anbieten können.

*Im Falle eines Behandlungsfehlers sollen Patienten stärker unterstützt werden. Wie soll das geschehen?*

Spahn: Bereits heute unterstützen viele, insbesondere gesetzliche Krankenkassen, die Patienten bei Behandlungsfehlern. Hieraus wird in Zukunft ein gesetzlicher Anspruch des Versicherten. Außerdem ergänzen wir das Recht auf Einsichtnahme in die Patientenakte und regeln die Beweislast bei Haftung für Behandlungs- und Aufklärungsfehler neu. Bei „grobe“ Behandlungsfehlern etwa müssen die behandelnden Ärzte künftig nachweisen, dass sie nicht

Ursache der eingetretenen Gesundheitsschäden waren.

### Schadensersatz leichter durchsetzbar

*Bei Behandlungsfehlern leichter an Schadensersatz zu kommen, ist gut. Zumindest ebenso wichtig wäre es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Fehler vermieden werden. Wie kann man das bewerkstelligen?*

Spahn: Beides ist im Gesetz angelegt. Der neu im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Anspruch auf Auskunft und die Neuregelungen zur Beweislast führen auf der einen Seite dazu, dass Patienten Schadensersatz leichter durchsetzen können. Auf der anderen Seite werden die Leistungserbringer dazu verpflichtet, ein Qualitätsmanagement und ein Fehlermeldesystem einzuführen. Damit wird sichergestellt, dass auch innerhalb der Krankenhäuser in Zukunft Fehlern oder „Beinahe-Fehlern“ intern nachgegangen wird, ohne dass dies sofort an die Öffentlichkeit dringt.

*Die Patientenbeteiligung soll ausgebaut werden. Ist der Patient als Laie und Betroffener nicht damit überfordert, in Behandlungsfragen mitzuzuscheiden?*

Spahn: Der Patient hat Mitwirkungsrechte, aber damit verbunden ist auch eine Pflicht. Selbstverständlich ist in erster Linie der Arzt derjenige, der die Informationen über die Behandlungsmöglichkeiten an den Patienten gibt. Der Patient muss seinerseits seine persönliche medizinische Situation offenlegen. Letztlich kann er die Entscheidung über die Behandlung nur selber treffen. Die Informationen sollen ihm dabei helfen.

# Mietrechtsänderungen für die Energiewende

## Bundestag debattiert über Gesetzesreform

Die Modernisierung von Mietwohnungen zum Zwecke der Energieeinsparung soll künftig erleichtert werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung über eine entsprechende Gesetzesänderung. Die Energiewende sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auf die das Mietrecht reagieren müsse, sagte die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Voßhoff. Teil der Mietrechtsänderung ist auch ein besserer Schutz von Vermietern vor Mietnomaden.

### Deutschland: Land der Mieter und Vermieter

Deutschland ist ein Land der Mieter. Das Mietrecht sei von dem Grundsatz geprägt, dass Eigentum verpflichtet, sagte Voßhoff. 61 Prozent der Wohneinheiten, das sind rund 14,5 Millionen Wohnungen, werden von privaten Vermietern zur Verfügung gestellt. Deutschland sei daher auch ein Land der Vermieter, fügte die rechtspolitische Sprecherin hinzu. Die christlich-liberale Koalition strebe einen Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern an.

### Mietrecht soll zum Gelingen der Energiewende beitragen

Um einen Anreiz für die energetische Modernisierung zu schaffen, wird der Anspruch des Mieters auf Mietminderung bei Sanierungsmaßnahmen in den ersten drei Monaten begrenzt. Die Mietminderungsansprüche der Mieter seien eine große Hürde für Vermieter, die die Sanierung ihres Hauses in Angriff nehmen wollten, erläuterte Voßhoff. 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen in Gebäuden. Voßhoff zeigte sich überzeugt davon, dass diese Reform des Mietrechts zum Gelingen der Energiewende beitragen könne.



© maho - Fotolia.com

In den Zusammenhang von Energiewende und Klimaschutz gehört auch der Anspruch, Wärmelieferkosten auf den Mieter umzulegen, wenn der Vermieter von der Eigenversorgung des Gebäudes auf eine gewerbliche Wärmelieferung – das sogenannte Contracting – umstellt. Für den Mieter dürfen die Kosten durch diese Umstellung aber nicht steigen.

### Schutz des Vermieters vor Mietbetrügnern

Teil der Mietrechtsänderung ist darüber hinaus der Schutz des Vermieters vor Mietbetrügnern. Denn dieser ist für private Vermieter bislang schlicht unzureichend. Daher strebe die Koalition an, die Räumungsklagen neu zu regeln, sagte die CDU-Rechtspolitikerin. Die sogenannte Berliner Räumung einer Wohnung, bei der die Möbel des Mieters in der Wohnung bleiben, wird in dem Entwurf gesetzlich geregelt. „Hauseigentum muss nichts mit großem Reichtum zu tun haben“,

betonte Voßhoff. Private Vermieter müssten daher ihren finanziellen Schaden begrenzen können.

Zum Schutz von Mietern vor Eigenbedarfskündigungen wird eine Lücke im Gesetz geschlossen. Sie bezieht sich auf Fälle, die als Münchener Modell bezeichnet wird. Der Kündigungsschutz wurde in diesen Fällen bei der Umwandlung vermieteter Wohnungen in Eigentumswohnungen umgangen. Dies wird zukünftig verhindert.

### Mietnomaden

Sie sind der Alptraum eines jeden Vermieters: Mietnomaden täuschen den Wohnungsbesitzer über ihre finanzielle Situation, zahlen ihre Miete nicht und hinterlassen die Wohnung – oft fluchtartig – in einem katastrophalen Zustand. Mit der Mietrechtsänderung, die am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, stärkt die christlich-liberale Koalition die Rechte der Vermieter. Vor allem private Kleinanbieter auf dem Wohnungsmarkt werden dadurch geschützt.

Eigentümern wird die Räumung von Mietwohnungen, für die keine Miete mehr gezahlt wird, erleichtert. Das Räumungsverfahren wird effizienter und kostengünstiger. Die Gegenstände, die sich noch in der Wohnung befinden, müssen nicht aufwändig weggeschafft werden, sondern können zunächst dort verbleiben. Befolgt der Mieter bei einer Räumungsklage wegen Zahlungsverzugs eine vom Gericht erlassene Sicherungsanordnung nicht, kann der Vermieter schneller als bislang ein Räumungsurteil erwirken.

Nach bisherigem Recht können Wohnungseigentümer ihrem Mieter bereits jetzt kündigen, wenn dieser mit der Miete zwei Monate im Rückstand ist. Bis ein vollstreckbares Räumungsurteil vorliegt, können allerdings Monate ins Land ziehen.

## ESM ist in Kraft getreten

### Koalition setzt Vorgaben des Verfassungsgerichts um – Bundestag nimmt Erklärung zur Kenntnis

Der Rettungsschirm für hoch verschuldete Euro-Staaten ist am Donnerstag in Kraft getreten. Unmittelbar nachdem das Bundeskabinett eine mit den europäischen Vertragspartnern abgestimmte verbindliche Zusatzklärung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) am Mittwoch beschlossen hatte, hat auch der Bundestag diese debattiert und zur Kenntnis genommen. Die Erklärung war nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. September notwendig geworden.

Karlsruhe hatte festgestellt, dass ESM und Fiskalpakt nicht gegen das Grundgesetz verstoßen. Mit dem Ur-

teil war aber der Auftrag verbunden, die im ESM-Vertrag festgelegte Haftungshöchstgrenze, die für Deutschland bei 190 Milliarden Euro liegt, sowie die Informationsrechte von Bundestag und Bundesrat gegenüber dem ESM noch einmal völkerrechtlich bindend festzulegen. Dies haben mittlerweile alle ESM-Mitgliedstaaten im Rahmen dieser gemeinsamen Erklärung dokumentiert.

Mit der Erklärung wird der ESM-Vertrag nicht geändert, und es werden keine neuen Ratifizierungserfordernisse ausgelöst. Eine Erhöhung der deutschen Haftungsgrenze ist ohne Änderung des ESM-Finanzierungsge-

setzes ohnehin nicht möglich. Die Erklärung wurde durch die Annahme von Seiten der Botschafter der ESM-Vertragsstaaten und die Hinterlegung beim Ratssekretariat am Donnerstag völkerrechtlich verbindlich. Damit ist der ESM in Kraft.

Am 8. Oktober konstituiert sich der Gouverneursrat des ESM und beschließt die Leitlinien des Rettungsschirms. Für die Zustimmung des deutschen Vertreters im Gouverneursrat – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble – wollte der Haushaltsausschuss des Bundestags am Freitag grünes Licht geben.

## Demografiepolitik als Querschnittsaufgabe

### Unionsfraktion verabschiedet Positionspapier

Die deutsche Bevölkerung altert: Seit Jahrzehnten steigt die Lebenserwartung; die Geburtenrate hat sich auf niedrigem Stand eingependelt. Der demografische Wandel verändert das Leben in Deutschland und stellt die Politik vor neue Herausforderungen. So müssen die sozialen Sicherungssysteme den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Mit den finanziellen Ressourcen und den ökologischen Lebensgrundlagen müssen wir schonend umgehen, um sie für die nachkommenden Generationen zu erhalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedete am Dienstag ein Positionspapier, in dem sie die Demografiepolitik zur Querschnittsaufgabe erklärte.

Mit dem Papier bereitet sich die Fraktion auf den Demografie Gipfel der Bundesregierung Mitte Oktober vor. Sie geht von der These aus, dass auch eine all-

mählich kleiner und älter werdende Gesellschaft vital bleiben kann. Die Lebensphase „Alter“ umfasst inzwischen oft mehrere Jahrzehnte. Für die Menschen ist sie mit dem Wunsch nach einer aktiven Gestaltung verbunden.



Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft stellt die Fraktion nach wie vor an den Beginn ihrer Überlegungen. „Kinder sind eine Bereicherung. Wir wollen junge Männer und Frauen ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden“, heißt es. Damit dies gelingt, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

Wenn der demografische Wandel nicht zu Wohlstandsverlusten führen soll, bedarf es vor allem einiger Anpassungen im Bildungsbereich, in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Angesichts des sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangels setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, die inländischen Potenziale für den Arbeitsmarkt noch besser zu nutzen. An anderer Stelle wurden bereits Weichen gestellt, etwa mit der behutsamen Einführung der Rente mit 67.

## Untersuchungsausschuss Gorleben – überflüssig und teuer Entscheidung zur Erkundung des Salzstocks nach streng wissenschaftlichen Kriterien

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Gorleben war teuer und überflüssig. So lautet die vorläufige Bilanz der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP. Der Ausschuss habe in den zweieinhalb Jahren seines Bestehens keine neuen Erkenntnisse zutage gefördert, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuss, Reinhard Grindel, auf einer Pressekonferenz am Montag. Der Vorwurf der SPD, es habe eine politische Einflussnahme auf die Entscheidung zur Erkundung des Salzstocks Gorleben gegeben, sei klar widerlegt worden. Die Entscheidung zur Erkundung, ob der Salzstock sich als atomares Endlager eigne, sei streng nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten getroffen worden. Grindel zog das Fazit: „Der Opposition ging es

nicht um Aufklärung, sondern immer nur um Show.“

### Sicherheit an erster Stelle

Als letzte Zeugin sagte am Donnerstag Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Untersuchungsausschuss aus. Dabei betonte sie, dass sie in ihrer Zeit als Umweltministerin von 1994 bis 1998 nach Recht und Gesetz gehandelt habe. Sicherheit habe für sie im Vordergrund gestanden. Ihre Entscheidung habe sie auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen. Merkel wies darauf hin, dass es bis heute keinen Beleg dafür gebe, dass Gorleben als atomares Endlager nicht geeignet sei.



Foto: Steven Rösler

Reinhard Grindel auf der Pressekonferenz

Inzwischen ist die Suche nach einem geeigneten Endlager wieder eröffnet. Bundesumweltminister Peter Altmaier plant, bis Ende des Jahres ein Endlagergesetz auf den Weg zu bringen. Bundeskanzlerin Merkel plädierte dafür, auch Alternativen zu Gorleben in Betracht zu ziehen.

## Keine schärferen Kapitalvorschriften für Betriebsrenten Vertreter der Unionsfraktion im Dialog mit EU-Kommissaren

Auf europäischer Ebene gibt es offenbar keine Pläne, die strengen Kapitaldeckungsregeln für Banken und Versicherungen auf die betriebliche Altersvorsorge zu übertragen. Das versicherte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier in einem Gespräch mit Vertretern der Arbeitnehmergruppe und Finanzpolitikern der Unionsfraktion Ende vergangener Woche in Berlin.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, zeigte sich erleichtert über die Klarstellung des Kommissars, dass die sogenannte Solvency-II-Richtlinie nicht auf die betriebliche Altersvorsorge übertragen werden solle. Der Blick könne nun wieder ganz auf den notwendigen Ausbau der Betriebsrenten als ergänzende Säule der Alterssicherung gerichtet werden. Eine Übernahme der

Kapitaldeckungsregeln hätte viele Unternehmen überfordert und zu einem Ausstieg aus dem Betriebsrentensystem gezwungen, sagte Weiß.

Kommissar Barnier äußerte sich auch zur Kritik der Unionsfraktion an den Vorschlägen zur europäischen Bankenaufsicht. Er betonte, dass eine gemeinsame Haftung nationaler Einlagensicherungssysteme für europäische Banken, die vom Konkurs bedroht sind, nicht vorgesehen sei.

### Keine zentrale Aufsicht für kleine Banken

Der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für Finanzmarktfragen, Ralph Brinkhaus, wies darauf hin, dass die Form der Arbeitsteilung im geplanten europäischen Aufsichts-

system bei den anstehenden Verhandlungen noch konkretisiert werden müsse. Dabei entspreche eine weitgehend dezentrale Aufsicht über kleine Banken mit risikoarmen Geschäftsmodellen den Vorstellungen der Unionsfraktion von Subsidiarität.

Bei einem weiteren Treffen mit Sozialkommissar László Andor Anfang der Woche in Berlin bekräftigten die Vertreter der Arbeitnehmergruppe und der AG Finanzen ihre ablehnende Haltung gegenüber Plänen der Kommission, die Mitnahmemöglichkeiten (Portabilität) von Betriebsrentenanträgen auszuweiten. Der daraus resultierende bürokratische Aufwand könne, so die Befürchtung, die Bereitschaft von Unternehmen zum Abschluss von Betriebsrentenverträgen untergraben.



# Plädoyer für eine starke Selbstverwaltung

## Kongress der Unionsfraktion zur Zukunft der Sozialwahlen – Mehr Transparenz und Vielfalt gefordert



Foto: Steven Rösler

Karl Schiewerling auf dem Sozialwahlkongress

Es war mehr als „nur“ ein Bekenntnis zur Selbstverwaltung der Sozialversicherung. Vielmehr war es ein engagiertes Plädoyer – zum einen für eine Stärkung des Prinzips der Selbstverantwortung, zum anderen für mehr Demokratie, Teilhabe und Transparenz bei den Sozialwahlen. Wie ein roter Faden zogen sich diese Leitgedanken durch den Fachkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Selbstverwaltung stärken – Sozialwahl modernisieren“, der am vergangenen Montag im Reichstag stattfand.

Am Kongress, der auf die Initiative des arbeits- und sozialpolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, zurückging, nahmen über 300 Experten teil, darunter Vertreter der Sozialkassen, Gewerkschafter, Arbeitgeber und Sozialpolitiker. Am Ende stand der Appell von Schiewerling, dass die Reform nun tatsächlich angepackt werden müsse.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und AG-Sprecher Schiewerling würdigten die Vorzüge der Selbstverwaltung. Kauder hob hervor, dass die Selbstverwaltung

dem Prinzip der Subsidiarität entspreche und damit ein originär christsozialer, christdemokratischer Grundsatz sei. Schiewerling legte ein Bekenntnis zur Staatsferne und zur Eigenverantwortung ab: Ihre soziale Sicherung könnten die Menschen am besten selbst organisieren, sagte er. Mit Blick auf Reichskanzler Otto von Bismarck, der Ende des 19. Jahrhun-

derts die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Alterssicherung einführte, verwiesen Kauder und Schiewerling auf die Bedeutung und Chancen einer dezentralen Selbstverwaltung aus gesellschafts- und staatspolitischer Sicht.

### Niedrige Wahlbeteiligung belegt Reformnotwendigkeit

Das Bekenntnis zum Grundsatz der Selbstverwaltung macht jedoch nicht blind für die notwendigen Reformen, etwa der Sozialwahl. „Diese Wahlen sind wie ein Feuerwerk ohne Feuer“, brachte Gerald Weiß seine Kritik auf den Punkt. Der frühere Unions-Abgeordnete und heutige Bundeswahlbeauftragte für die Sozialwahlen führte unter anderem die Zahlen der Wahlbeteiligung als Beleg für die Reformnotwendigkeit an: Nur ein Drittel der Versicherten machten zum Beispiel 2011 von ihrem Wahlrecht bei den 206 Trägern der Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen Gebrauch. Und bei gerade einmal zehn Trägern gab es eine echte Urwahl, der Rest lief über die sogenannte Friedenswahl. Weiß brachte zugleich seine Vorstellungen zu einer

Revitalisierung der Sozialwahlen mit ein, die auf dem Podium und unter den Teilnehmern intensiv, zum Teil auch kontrovers debattiert wurden.

### „Kluge neue Wege gehen“

Die Frage der demokratischen Legitimation angesichts des tatsächlichen Verlaufs der Wahlen warf Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auf. Sie rief zu mehr Transparenz in den Auswahlverfahren, zu mehr echten Wahlmöglichkeiten unter verschiedenen Kandidaten und zu mehr Vielfalt in den Gremien auf. Zudem hinterfragte sie, ob die Vertreterversammlungen einen echten Spiegel der Versicherten darstellten. Gleichwohl zollte die Ministerin den Vertretern in den Gremien hohen Respekt und dankte ihnen für ihr Engagement. Von der Leyen plädierte dafür, nicht das „Ob“, sondern das „Wie“ einer Reform in den Vordergrund zu stellen: „Wir sollten kluge neue Wege einschlagen.“

### Stärkung der Urwahl gewünscht

Eine Stärkung der Urwahl gerade bei den Krankenkassen wünschte sich der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn. Er rief dabei in Erinnerung, welcher Gestaltungsspielraum gerade bei den Krankenkassen für die Verwaltungsräte besteht. Spahn nannte als Stichworte die Finanzhoheit, die Finanzautonomie sowie die Satzungsleistung der Kassen innerhalb des gesetzlichen Rahmens.

# „Vom Wert der Freiheit“

## Volker Kauder über den Galater-Brief des Apostel Paulus

Apostel Paulus schrieb an die Galater: „Ihr aber, liebe Brüder, seid zur Freiheit berufen! Allein seht zu, dass ihr durch die Freiheit dem Fleisch nicht Raum gebt; sondern durch die Liebe diene einer dem anderen. Denn das ganze Gesetz wird in einem Wort erfüllt, in dem: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Für Volker Kauder liegt in diesen Sätzen die Kernaussage des christlichen Menschenbildes. In seinem soeben erschienenen Buch „Vom Wert der Freiheit“ leuchtet er die verschiedenen Aspekte dieser Bibelstelle aus. Dabei widmet er sich der Gewissensfreiheit ebenso wie der Nächstenliebe, der Religionsfreiheit ebenso wie der Freiheit im Internet. Nicht zuletzt umschreibt er die Grenzen der Freiheit.

Freiheit ist vielschichtig und vielfältig, wie der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende schreibt. Freiheiten wie die Meinungs- oder die Versammlungsfreiheit, die Freiheit für Wissenschaft und Forschung oder die Religionsfreiheit werden vom Grundgesetz geschützt. Freiheit hat eine politisch-gesellschaftliche und eine individuelle Dimension. Der Freiheitsdrang des Einzelnen darf aber den Respekt vor der Freiheit des anderen nicht untergraben. „Zur Freiheit befreit zu sein bedeutet immer auch, die Freiheit in Verantwortung für andere zu leben und Verantwortung in Familie, Gesellschaft und Beruf zu übernehmen. Wer Freiheit nur für sich alleine (aus)lebt, hat ihren tiefen Sinn nicht verstanden“, betont Kauder.



### Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducsu.de/newsletter](http://www.cducsu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine [www.veranstaltungen.cducsu.de](http://www.veranstaltungen.cducsu.de)

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 15. Oktober 2012  | Kongress Aussöhnung/Arbeit an den Kriegsfolgen            |
| 17. Oktober 2012  | Kongress Kommunen   |
| 05. November 2012 | Fachgespräch Behindertenpolitik mit Fraktionen der Länder |

Freiheit braucht Leitplanken, schreibt der Fraktionsvorsitzende und verweist auf die Freiheit der Mitmenschen, aber auch auf die Freiheit, die man den Nachgeborenen ermöglichen müsse. Er macht klar, dass Freiheit in Unfreiheit umschlagen kann, etwa dann, wenn im Namen der Freiheit der Terror herrscht – was nicht zuletzt während der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts geschah. Im praktischen Leben bedeutet Frei-

heit, dass der Staat das Leben des Menschen nicht total reglementieren darf, meint Kauder. Der Staat habe „kein Recht, ein einheitliches, absolut gültiges Lebenskonzept vorzuschreiben“. Er schaffe die Rahmenbedingungen, die ein freiheitliches Leben erst ermöglichen.

Volker Kauder, Vom Wert der Freiheit, Witten 2012, ISBN978-3-417-26487-6, 12,95 Euro.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
Fraktion direkt  
[www.cducsu.de/fd](http://www.cducsu.de/fd)



[www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/cducsu](http://twitter.com/cducsu)